

## Antrag

zum Sonderparteitag der Partei  
„Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“  
in Frankenthal vom 03. bis 04. März 2006

**Antragsteller: WasG, Kreisverband Darmstadt-Dieburg**

**Der Antrag wurde beschlossen** in der

- Kreismitgliederversammlung am 12. Januar 2006\_\_\_\_\_
- Landesvorstandssitzung am \_\_\_\_\_
- Bundesvorstandssitzung am \_\_\_\_\_

**Antrag**  zur Satzung  zum Programm

zur Fusion

### Antragsbegehren:

Die Versammlung möge beschließen, dass ein Zusammenschluss von WASG und Linkspartei.PDS frühestens im Jahr 2009 anzustreben ist. Bis dahin sollen beide Parteien auf Bundesebene gemeinsam agieren, in den Ländern jedoch alternativ zu den Wahlen antreten, entsprechend dem Beispiel von CDU/ CSU.

### Begründung:

Ein zu frühes Zusammengehen der WASG mit der Linkspartei.PDS würde der Linken all den Elan nehmen, mit dem die Wahlalternative aufgebrochen ist, um weite Schichten der Bevölkerung unter einem linken, solidarischen Gemeinsinn zu vereinen. Da es sehr wahrscheinlich ist, dass im Fall einer verfrühten Fusion, die „alten“ Strukturen der Linkspartei.PDS das neue Parteigefüge dominieren und eine offene Entwicklung linker Modelle weitgehend verhindern würde, ist es unumgänglich, der WASG zunächst noch einige Zeit für die eigene Entwicklung zu geben. Diese Zeit ist auch für eine weitere positive Entwicklung der Linkspartei. PDS unumgänglich. Zu sehr befindet sich diese noch in der Position des gedemütigten „Verlierers“. Dem entspricht der große Zulauf der „Vereinigungsverlierer“ in den neuen Bundesländern. Soll aber eine Linke langfristig agieren und wirkliche Alternativen entwickeln, so reicht eine solche Haltung nicht aus. Stattdessen müssen auch in der PDS gemeinsame, neue linke Modelle, Denkweisen und Strukturen entwickelt werden. Das geht am besten mit der WASG Seit an Seit. Eine frühe Fusion bzw. Übernahme der WASG würde aber diesen Prozess behindern. Ergebnis wäre dann reines politisches Machtstreben und damit ungeahnte Zugeständnisse an den neoliberalen Zeitgeist. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind. Linke Politik böte dann keine wirkliche Alternative mehr, sondern wäre nurmehr Flickwerk, das „linke“ Positionen zunehmend willkürlich und damit letztlich auch verzichtbar machen würde.